Öffentliches Wirtschaftsrecht

Kluth

2. Auflage 2026 ISBN 978-3-406-80587-5 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

GRUNDRISSE DES RECHTS

Kluth · Öffentliches Wirtschaftsrecht



beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Wirtschaftsrecht

von

Dr. Winfried Kluth

o. Professor an der Universität Halle-Wittenberg





beck.de

ISBN 978 3 406 80587 5 ISBN E-Book: (ePDF) 978 3 406 80588 2 ISBN E-Book: (ePup) 978 3 406 84609 0

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG Wilhelmstraße 9, 80801 München info@beck.de

> Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen (Adresse wie Verlag) Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten. Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur zweiten Auflage

Nach sechs Jahren und zahlreichen Rechtsentwicklungen war die Neubearbeitung des Lehrbuchs erforderlich. Dabei wurde an der Grundstruktur festgehalten und das Hauptaugenmerk auf Ergänzungen und Aktualisierungen gelegt. Einen Schwerpunkt der Überarbeitung stellt die Einbeziehung der zahlreichen Gesetzgebungsakte dar, die im Zusammenhang mit der Energiewende und dem Klimaschutz auch das öffentliche Wirtschaftsrecht verändert haben, etwa die neuen Regelungen zu Wasserstoffnetzen.

Die Bearbeitung befindet sich auf dem Stand der Gesetzgebung im Juli 2025. Für die engagierte und kenntnisreiche Unterstützung bei der Überarbeitung möchte ich auch an dieser Stelle Paul Gross und Olga Guselnikova herzlich danken.

Für Hinweise auf Lücken und Fehler, die trotz größtmöglicher Sorgfalt nicht ausgeschlossen werden können, ist der Verfasser dankbar.

Halle, im August 2025

Winfried Kluth

Kontakt: winfried.kluth@jura.uni-halle.de

beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abkürzungsverzeichnis Literaturverzeichnis	XVII
1. Teil. Grundlagen	
§ 1. Gegenstand und systematische Einordnung des öffentlich Wirtschaftsrechts I. Öffentliches Wirtschaftsrecht, Wirtschaftsverfassungsrec und Wirtschaftsverwaltungsrecht	1 ht
II. Interne Systematik des öffentlichen Wirtschaftsrechts	2
1. Allgemeiner Teil des öffentlichen Wirtschaftsrechts	2
2. Kernmaterien des öffentlichen Wirtschaftsrechts	5
3. Spezialmaterien des öffentlichen Wirtschaftsrechts	
III. Öffentliches Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsprivatrecht	
IV. Bezüge zu weiteren Rechtsmaterien	
2. Gesundheitsrecht	12
3. Arbeitsrecht	13
4. Sicherheitsrecht	13
5. Steuerrecht	14
6. Wirtschaftsstrafrecht	14
V. Beziehungen zu anderen wirtschaftsbezogenen Wissen-	-11111
schaftsgebieten	15 15
2. Betriebswirtschaftslehre	
3. Organisationssoziologie	
§ 2. Grundbegriffe des öffentlichen Wirtschaftsrechts	
I. Wirtschaft, Wirtschaftssubjekte und Wirtschaftsgüter	
II. Markt und Marktwirtschaft	20 20
Allgemeine Begrifflichkeit Inkurs: Die wirtschaftstheoretischen Grundlagen der	20
Marktwirtschaft	21
III. Wettbewerb	
IV. Wirtschaftsverfassung und Marktordnung	
V. Wirtschaftsaufsicht und -überwachung	
VI. Wirtschaftslenkung	
VII. Reglementierung	
VIII. Regulierung	36

§ 3.	Territorialitätsbezug des öffentlichen Wirtschaftsrechts I. Die Bedeutung des Territorialitätsprinzips für das öffent-	38
	liche Wirtschaftsrecht	38
	II. Ausgangspunkt: Das Staatsgebiet als Wirtschafts(rechts)	20
	gebiet	39
	III. Entwicklungsstufen der Entterritorialisierung	41
2	2. Teil. Rechtsquellen, Rechtsebenen, Zuständigkeitsordnung u Handlungsinstrumente im öffentlichen Wirtschaftsrecht	nd
§ 4.	Die Rechtsquellen und Rechtsebenen des öffentlichen Wirt-	40
	schaftsrechts	42
	I. Bundes- und Landesrecht	42
	II. Recht der Europäischen Union	42
	III. Völkerrecht IV. Private Normsetzung	43 43
	V. Das Mehrebenensystem im Bereich des öffentlichen Wirt-	
	schaftsrechts	44
§ 5.	Instrumente des Wirtschaftsverwaltungsrechts	45
	I. Überblick und Systematik	45
	II. Exekutive Normsetzung	45
	III. Wirtschaftsverwaltungsakte	46
	IV. Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Verträge	46
	V. Informelles und informationelles Verwaltungshandeln	46
	3. Teil. Marktrahmenrecht	NIC
§ 6.	A11 ' 17 1 C" 1 W/' . 1 C	INL
§ 6.	Allgemeine Vorgaben für das Wirtschaftssystem: Wirtschaftsverfassungsrecht	48
	I. Begriff und Funktion der Wirtschaftsverfassung	48
	II. Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutsch-	40
	land	49
	III. Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union	51
	IV. Die Suche nach einer Weltwirtschaftsverfassung	53
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
§ 7.	Die Relevanz allgemeiner Rechtsprinzipien für das öffentliche	
	Wirtschaftsrecht	54
	I. Grundrechte	54
	1. Allgemeine Lehren	54
	2. Berufsfreiheit	60 75
	Eigentumsgarantie Wettbewerbsfreiheit	75 84
	5. Unverletzlichkeit der Wohnung	8 4 85
	6. Datenschutzgrundrecht	85
	II. EU-Grundrechtecharta	88
	11. LO Giundi Controllaria	00

Inhaltsverzeichnis	IX
III. Europäische Menschenrechtskonvention	93
IV. Europäische Grundfreiheiten	94
1. Allgemeine Lehren	94
2. Niederlassungsfreiheit	110
3. Dienstleistungsfreiheit	117
4. Liberalisierung im Bereich der Niederlassungs- und	117
Dienstleistungsfreiheit durch Sekundärrecht, insbeson-	
dere Berufsanerkennungsrichtlinie und Dienstleis-	
tungsrichtlinie	123
5. Weitere Grundfreiheiten	137
V. Rechtsstaatsprinzip	141
Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns	142
2. Vorhersehbarkeit und Vertrauensschutz	152
3. Bestimmtheitsgrundsatz	155
4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	156
VI. Sozialstaatsprinzip	157
1. Rechtliche Struktur als Staatszielbestimmung	157
2. Sachliche Relevanz für das öffentliche Wirtschaftsrecht	159
VII. Umweltstaatsprinzip	160
VIII. Subsidiaritätsprinzip	162
1. Regelungsgehalt auf staatlicher und unionsrechtlicher	
Ebene	162
2. Konkretisierung für Einzelbereiche des öffentlichen	
Wirtschaftsrechts	163
e o _ w' . 1 (. 1'.'1	1/5
§ 8. Wirtschaftspolitik	165
I. Gegenstand und Abgrenzung der Wirtschaftspolitik II. Zuständigkeiten im Bereich der Wirtschafts- und Wäh-	165
	166
rungspolitik	100
§ 9. Die Organisation der Wirtschaftsverwaltungsbehörden	167
I. Die staatliche Wirtschaftsverwaltung in Bund und Län-	
dern	167
1. Unmittelbare Bundesverwaltung	167
2. Berufskammern auf Bundesebene	169
II. Behörden der Wirtschaftsverwaltung auf Landesebene	169
1. Unmittelbare Landesverwaltung	169
2. Kommunalverwaltungen	170
III. Die funktionale Selbstverwaltung der Wirtschaft durch	
Kammern	171
1. Begriff der (funktionalen) Selbstverwaltung	171
2. Erscheinungsformen der Selbstverwaltung im öffent-	
lichen Wirtschaftsrecht im Überblick	173
3. Aufgabentypologie der Kammern	176
4. Verfassungs- und unionsrechtliche Grundlagen und	
Rahmenbedingungen der Kammerorganisation	179

IV. Wirtschaftsverwaltungsbehorden der Europaischen	
Union	193
1. Unionsbehörden und Agenturen	193
2. Vertikale Kooperation	194
3. Horizontale Kooperation	194
V. Einbeziehung Privater in die Wirtschaftsverwaltung	195
1. Beleihung Privater	196
2. Inpflichtnahme Privater	197
3. Private Wirtschaftsverbände	199
4. Teil. Der Staat als Akteur des Wirtschaftslebens	
4. Tell. Der Staat als Akteur des Wirtschaftsledens	
§ 10. Allgemeine Wirtschaftslenkung	201
I. Begriff und Erscheinungsformen der Wirtschaftslenkung .	201
II. Ziele, Methoden und Instrumente der Wirtschaftslenkung.	202
1. Ziele der Wirtschaftslenkung	202
2. Ebenen der Wirtschaftslenkung	203
3. Instrumente der Wirtschaftslenkung	203
§ 11. Subventions- und Beihilfenrecht	204
I. Begr <mark>iffs</mark> klärungen und Rechtsgrundlagen des Subventions-	201
rechts	204
1. Subvention, Beihilfe, Zuschuss	204
2. Rechtsgrundlagen des Subventionsrechts	205
II. Verfassungsrechtlicher Rahmen	206
1. Vorbehalt des Gesetzes	206
2. Zuständigkeit zur Regelung und Vergabe von Subven-	ΛLL
tionen	207
3. Anspruch auf Subventionsgewährung	207
4. Änderung und Aufhebung von Subventionsregelungen.	208
III. Der unionsrechtliche Rahmen: das EU-Beihilfenrecht	208
1. Begriff der Beihilfe	208
2. Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt	212
3. Beihilfeverfahrensrecht	213
IV. Das Subventionsrechtsverhältnis	214
1. Einstufige Ausgestaltung des Subventionsrechtsverhält-	
nisses	215
2. Zweistufige Ausgestaltung des Subventionsrechtsver-	
hältnisses	215
3. Die Subventionskontrolle	216
V. Rückforderung und Rückabwicklung von Subventionen	216
1. Rückforderung und Rückabwicklung nach deutschem	
Recht	217
2. Rückforderung und Rückabwicklung nach europäi-	
asham Dasht	210

§ 12. Vergaberecht	220
I. Begriff, Rechtsgrundlagen und Entwicklung des Vergabe-	
rechts	220
II. Allgemeine Strukturen und Grundsätze des Vergaberechts	222
1. Anwendungsbereich des Vergaberechts	222
2. Grundsätze der Vergabe	226
3. Auswahlkriterien	228
4. Verfahrensarten	231
5. Vergabeentscheidung und Auftragserteilung	231
6. Fehlerfolgen	232
7. Kündigung öffentlicher Aufträge	233
III. Einzelheiten des gesetzlichen Vergaberechts oberhalb der	
Schwellenwerte	233
1. Auftraggeberbegriff des § 99 GWB	233
2. Offenes und nicht-offenes Verfahren	236
3. Weitere Verfahrensarten	238
4. Rechtsschutzfragen	240
IV. Einzelheiten des haushaltsrechtlichen Vergaberechts un-	
terhalb der Schwellenwerte	241
1. Vergabe nach den Vergabe- und Vertragsordnungen	242
2. Vergabe nach der UVgO	244
e 12 D D 1, 1 "ff ,1' 1 II , 1 1 D , '1'	
§ 13. Das Recht der öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen	246
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund	246
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund	
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund	246 246
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund	246
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund	246 246 248
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen	246246248248
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen	246 246 248 248 248
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen	246 246 248 248 248 249
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen	246 246 248 248 248 249 249
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen	246 246 248 248 249 249 250
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen	246 246 248 248 248 249 250 250
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz	246 246 248 248 249 249 250
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz 2. Unterscheidung von wirtschaftlicher und nicht-wirt-	246 246 248 248 249 249 250 250 250
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz 2. Unterscheidung von wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Betätigung	246 246 248 248 249 250 250 250
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz 2. Unterscheidung von wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Betätigung 3. Anforderungen der Schrankentrias	246 246 248 248 249 250 250 250 251 252
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz 2. Unterscheidung von wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Betätigung 3. Anforderungen der Schrankentrias 4. Einfachgesetzliche zivilrechtliche Schranken	246 246 248 248 249 250 250 250
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz 2. Unterscheidung von wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Betätigung 3. Anforderungen der Schrankentrias 4. Einfachgesetzliche zivilrechtliche Schranken 5. Rechtsschutz gegenüber wirtschaftlichen Betätigungen	246 246 248 248 249 250 250 250 251 252 256
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz 2. Unterscheidung von wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Betätigung 3. Anforderungen der Schrankentrias 4. Einfachgesetzliche zivilrechtliche Schranken 5. Rechtsschutz gegenüber wirtschaftlichen Betätigungen der öffentlichen Hand	246 246 248 248 249 250 250 250 251 252
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz 2. Unterscheidung von wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Betätigung 3. Anforderungen der Schrankentrias 4. Einfachgesetzliche zivilrechtliche Schranken 5. Rechtsschutz gegenüber wirtschaftlichen Betätigungen der öffentlichen Hand 6. Gewinnerzielung durch öffentliche Unternehmen der	246 246 248 248 249 250 250 250 251 252 256
I. Begriffsklärungen und tatsächlicher Befund 1. Begriffsklärungen 2. Erscheinungsformen und tatsächliche Bedeutung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen II. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Öffentlich-rechtliche Organisationsrechtsformen 2. Privatrechtliche Organisationsrechtsformen 3. Beteiligungsformen 4. Statusfragen öffentlicher Unternehmen III. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen 1. Bindung an die Verbandskompetenz 2. Unterscheidung von wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Betätigung 3. Anforderungen der Schrankentrias 4. Einfachgesetzliche zivilrechtliche Schranken 5. Rechtsschutz gegenüber wirtschaftlichen Betätigungen der öffentlichen Hand	246 246 248 248 249 250 250 250 251 252 256

ΧI

IV. Steuerung und Kontrolle öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen	259
akt	259
licher Unternehmen und Beteiligungen	260
nehmen und Beteiligungen	260
§ 14. Öffentliches Wettbewerbsrecht	261
I. Begriffsklärungen und Rechtsgrundlagen	261
II. Verfassungs- und unionsrechtlicher Rahmen	263
1. Grundrechtseingriff durch Konkurrenz	263
2. Vorgaben des Art. 106 AEUV	264
3. Bedeutung des Art. 14 AEUV	267
5. Teil. Gewerberecht	
§ 15. Allgemeines Gewerberecht	268
I. Rechtsgrundlagen	268
II. Begr <mark>iff</mark> des Gewerbes	270
1. Definition	270
2. Gewerbsmäßigkeit	271
3. Gewerbs(un)fähigkeit	273
4. Gewerbetreibender	275
III. Die einzelnen Gewerbearten	276
1. Grundsätze des stehenden Gewerbes	276
2. Überwachungspflichtige Anlagen	280
3. Personalerlaubnisse	284
4. Überwachungsbedürftige Gewerbe	300
5. Gewerbeuntersagung	301
6. Reisegewerbe	308
7. Recht der Messen, Ausstellungen und Märkte	312
IV. Das Gaststättenrecht als besonderes Gewerberecht	320
1. Entwicklung der Rechtsgrundlagen	320
2. Erlaubnispflichten	322
3. Rücknahme und Widerruf der Gaststättenerlaubnis	328
§ 16. Handwerksrecht	329
I. Rechtsgrundlagen und Grundsatzfragen	329
1. Rechtsgrundlagen und Rechtsentwicklung	329
2. Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht	331
II. Handwerksbegriff	332
1. Handwerksfähigkeit und Handwerksmäßigkeit	332
2. Betriebsformen im Handwerk	334
3 Aushildung Berufshild und Berufsrecht im Handwerk	337

Inhaltsverzeichnis	XIII
III. Das zulassungspflichtige Handwerk	338
1. Die Eintragung in die Handwerksrolle	338
2. Meisterprüfung und Ausnahmetatbestände	339
3. Erweiterungen des Betätigungsfeldes durch § 5 HwO.	342
4. Handwerkskarte und weitere Anzeigepflichten	343
5. Stellvertretung und Fortführung	344
IV. Zulassungsfreie Handwerke und handwerksähnliche Ge-	
werbe	344
1. Begriffsbestimmung	344
2. Anwendung der Handwerksordnung	344
V. Wirtschaftsüberwachung im Handwerksrecht	345
1. Handwerksrechtliche Untersagung und Schließung	345
2. Gewerberechtliche Untersagung	347
§ 17. Ladenöffnungsrecht	347
I. Rechtsgrundlagen	347
II. Länderregelungen im Überblick	348
1. Allgemeine Ladenöffnungszeiten	348
2. Ladenöffnung im Ausnahmefall	349
3. Schutz der Arbeitnehmer	351
III. Ausgewählte Verfahrensfragen	351
1. Antragsrechte von Verkaufsstelleninhabern	351
2. Rechte der Religionsgemeinschaften	352
3. Antragsrechte von Gewerkschaften, Arbeitgeber- und	
Wirtschaftsverbänden, Kammern	352
NIE EL ONNO NICITIA NICITIA	
6. Teil. Regulierungsverwaltungsrecht	HNIC.
§ 18. Grundlagen des Regulierungsverwaltungsrechts	353
I. Entwicklung und Begriff des Regulierungsverwaltungs-	
rechts	354
1. Begriff der Regulierung	354
2. Entwicklungsgeschichte	354
3. Anlass der Regulierung	355
4. Ziele und Funktionen von Regulierung	356
II. Unions- und verfassungsrechtlicher Rahmen	357
1. Unionsrechtliche Rahmenbedingungen	357
2. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	357
III. Regulierungsbehörden und Regulierungsverfahren	358
1. Regulierungsbehörden	358
2. Instrumente des Regulierungsverwaltungsrechts	363
§ 19. Telekommunikationsrecht	363
I. Grundlagen	363
1. Rechtsgrundlagen	363
2. Begriff der Telekommunikation	364

3. Besonderneiten des Telekommunikationssektors	364
4. Ziele der Regulierung	365
II. Marktstrukturregulierung	366
1. Eröffnungskontrolle	366
2. Verteilung knapper Güter	366
3. Marktregulierungsverfahren	367
III. Marktverhaltensregulierung	371
1. Netzzugang	371
2. Entgeltregulierung	374
IV. Entflechtung vertikal integrierter Unternehmen	376
V. Besondere Missbrauchsaufsicht	377
VI. Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	378
§ 20. Energiewirtschaftsrecht	379
I. Grundlagen	380
1. Rechtsgrundlagen	380
2. Geschäftsfelder im Energiesektor	384
3. Zweck und Regulierungsziele	384
II. Regulierung des Marktzutritts	385
1. Gas- und Stromnetze	385
2. Wasserstoffnetze	387
III. Regulierung des Netzbetriebs	389
1. Netzanschluss und Netzzugang	389
2. Entgeltregulierung	392
3. Ausnahmen	393
IV. Entflechtung	394
1. Vorgaben für Betreiber von Strom- und Gasnetzen	395
2. Vorgaben für Verteilernetzbetreiber	396
3. Vorgaben für Transportnetzbetreiber	397
4. Ausnahmen	398
5. Entflechtung von Wasserstoffnetzen	398
V. Missbrauchsaufsicht	399
VI. Energielieferung an Letztverbraucher	400
§ 21. Eisenbahnrecht	401
I. Grundlagen	401
1. Rechtsgrundlagen	402
2. Begriff	403
3. Regulierungsziele	404
II. Gewährleistung eines funktionsfähigen Schienennetzes	404
1. Verfassungsrechtliche Gewährleistungsverantwortung .	404
2. Neu- und Ausbauvorhaben	405
3. Erhaltung des Bestandsnetzes	406
III. Regulierung des Marktzutritts	407

Inhaltsverzeichnis	XV
IV. Regulierung des Netzbetriebes	408
Zusammenschluss und Netzzugang	408
2. Entgeltregulierung	409
V. Entflechtung	411
VI. Verbraucherschutz im Eisenbahnwesen	412
7. Teil. Das Recht der reglementierten freien Berufe	
§ 22. Grundkonzeption des freien Berufs	413
I. Begriff und Erscheinungsformen	413
II. Der reglementierte freie Beruf im deutschen und europäi-	
schen Recht	416
1. Zuordnung der Gesetzgebungskompetenzen für das	417
Recht der freien Berufe	416 417
III. Die Einordnung des Berufsrechts und der Berufsordnun-	717
gen	418
1. Historische Entwicklung des Berufsrechts	418
2. Von der Standesordnung zur delegierten staatlichen	
Rechtsetzung	419
§ 23. Berufszugangsregelungen und Marktverhaltensrecht der freien	
Berufe	421
I. Berufszugangsregelungen	421
1. Zulassungsanforderungen nach deutschem Recht	421
2. Anforderungen nach Unionsrecht: EU-Be <mark>ruf</mark> sanerken-	
nungs- und Verhältnismäßigkeitsrichtlinien	421
3. Regelungen für Drittstaatsangehörige	421
II. Marktzugang in Fällen vorübergehender Dienstleistungs-	
erbringung im Binnenmarkt	422
III. Marktverhaltensrecht der reglementierten freien Berufe1. Bedeutung und Entwicklungslinien der Rechtspraxis	426 426
Dedectitung und Entwicklungsfinlen der Reentspraxis Organisationsbezogene Anforderungen	427
3. Berufliches Werberecht	440
4. Gesetzliche Preisregulierung	441
§ 24. Berufsaufsicht und Berufsgerichtsbarkeit der freien Berufe	441
I. Die Berufsaufsicht über die freien Berufe	441
II. Die Berufsgerichtsbarkeit der freien Berufe	443
8. Teil. Rechtsschutz im öffentlichen Wirtschaftsrecht	
§ 25. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	445
I. Grundlagen	445
II. Klagen gegen Aufsichtsmaßnahmen	446
III. Klagen auf Zulassung	450

IV. Konkurrentenklagen	452
1. Konkurrentengleichstellungsklage	453
2. Konkurrentenabwehrklage	453
3. Konkurrentenverdrängungsklage	456
V. Rechtsschutz in Bezug auf Regulierungsentscheidungen	461
1. Abdrängende Sonderzuweisung in § 75 EnWG	462
2. Gerichtliche Kontrolldichte	464
3. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im	
gerichtlichen Verfahren	465
generation ventures	103
§ 26. Rechtsschutz im Vergaberecht	467
I. Rechtsschutz oberhalb der Schwellenwerte	467
II. Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	469
§ 27. Europa- und internationalrechtlicher Rechtsschutz	469
I. Europarechtlicher Rechtsschutz	469
1. Allgemeines	470
Rechtsschutz vor den Unionsgerichten im Beihilfen-	470
recht	471
II. Internationalrechtlicher Rechtsschutz	475
11. Internationalisectioneric Rechtssenutz	4/3
§ 28. Die Fallbearbeitung im Wirtschaftsverwaltungsrecht	477
I. Einführung	477
II. Aufbauhinweise für die Lösung ausgewählter Fallkonstel-	
lationen	479
1. Klagen gegen Aufsichtsmaßnahmen	479
2. Rechtsschutz gegen die wirtschaftliche Betätigung einer	
Gemeinde	484
3. Rechtsschutz bei Klagen auf Zulassung	486
Stichwortverzeichnis	489
Stichwortverzeichins	407